

"Zwei Staaten für zwei Völker"

Annapolis - Israelis und Palästinenser wollen am 12. Dezember Friedensverhandlungen aufnehmen. Ziel sei eine Zweistaatenlösung innerhalb eines Jahres, sagte US-Präsident George W. Bush bei der Nahostkonferenz in Annapolis bei Washington. Bush warnte vor einer "Schlacht um die Zukunft des Nahen Ostens". Angesichts der wachsenden Gefahr des Extremismus seien Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern von höchster Dringlichkeit. Man dürfe den Extremisten nicht den Sieg überlassen. Palästinensereführer Mahmud Abbas betonte, bei den Gesprächen sollten auch alle strittigen Themen diskutiert werden, einschließlich der Jerusalem-Frage. Auch Israels Premierminister Ehud Olmert zeigte sich überzeugt, dass das Ziel "zwei Staaten für zwei Völker" im kommenden Jahr erreichbar sei.

Diese Erklärungen sind zumindest ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Ein wirklich konkretes Ziel hatte die Konferenz auch nicht, wie sich aus den Vorgesprächen zwischen Olmert und Abbas ablesen ließ. Eine Erklärung über weitere Gespräche galt als wünschenswert, und sie gab es gestern auch. Was jetzt auszuarbeiten ist, das sind dringend nötige Endstatusverhandlungen, bei denen Lösungen für die Kernthemen des Konflikts - Grenzen, Siedlungen, Flüchtlinge, Wasser, Jerusalem und Sicherheit - gesucht werden.

Die Probleme sind reichhaltig: Wie ein Flickenteppich ist die West Bank inzwischen durchzogen von für Palästinenser nicht zugängliche Straßen und Siedlungen. 450 000 Siedler leben in der Westbank und in Ost-Jerusalem. Checkpoints schränken die Bewegungsfreiheit der Palästinenser stark ein, erschweren jeglichen Austausch und führen so zu einer Verarmung der Menschen. Eine Autofahrt von Ramallah ins nur 15 Kilometer entfernte Bethlehem dauert heute beispielsweise mindestens zwei Stunden.

Neben dieser physischen Teilung durchzieht die palästinensische Gesellschaft auch eine tiefe politische Spaltung. Die gewaltsame Machtübernahme der Hamas im Gaza-Streifen hat die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) nachhaltig geschwächt. Seither lehnt die Fatah jegliche Gespräche mit der Hamas ab. Diese wiederum erkennt die Übergangsregierung, an deren Spitze als Premier- und Finanzminister Salam Fayyad steht, nicht an und führt den Gaza-Streifen in Eigenregie. Der Gaza-Streifen ist durch die israelische Import- und Einreisebeschränkungen weitestgehend isoliert. Darüber hinaus führt die PLO, die das eigentliche Mandat für die Verhandlungen hat, und dessen Vorsitzender und Präsident Mahmud Abbas immer noch ein Schattendasein. Unter diesen Umständen einen überlebensfähigen palästinensischen Staat zu schaffen scheint nahezu unmöglich. Zu sehr klaffen die Realität vor Ort und die politischen Stellungnahmen aus einander.

Die Uhr für eine Zwei-Staatenlösung tickt also. Ohne baldige Endstatusverhandlungen rücken die meisten realistischen Lösungsoptionen in weite Ferne. Auf Annapolis und die Entwicklung danach ruhen alle Hoffnungen.

Diese Chance zu nutzen war und ist Aufgabe beider Seiten. Kernstück der palästinensischen Position ist die Einhaltung und Umsetzung der 2002 beschlossenen Road Map. Sie sieht drei Phasen auf dem Weg zu einer endgültigen Lösung des Konflikts vor. Nach palästinensischer Vorstellung soll im Anschluss an Annapolis die erste Phase umgesetzt werden. Das heißt: Die Palästinenser erkennen Israel als Staat an, reformieren und demokratisieren ihre Institutionen und gehen aktiv gegen militante Milizen vor. Im Gegenzug dafür bekennt sich Israel zur Zwei-Staaten-Lösung, stoppt den weiteren Ausbau von Siedlungen, räumt illegal Außenposten in der Westbank und lockert die Bewegungseinschränkungen der

Palästinenser in den seit 1967 besetzten Gebieten. Dazu gehört auch die Wiedezulassung von palästinensischen Organisationen in Ost-Jerusalem. Die israelische Seite versuchte im Vorfeld, die Erwartungen an Annapolis zu dämpfen. Olmert und Außenministerin Livni betonten, dass dieses Treffen keine Plattform für substantielle Verhandlungen sei, sondern Auftakt eines längeren Dialoges, ebenfalls auf Grundlage der Road Map. Und so kam es gestern ja auch.

Einig sind sich Beobachter nur über eins: Soll Annapolis ein Meilenstein auf dem Weg zum Frieden werden, muss künftig Folgendes verhandelt werden: Ein fundiertes, von allen Seiten anerkanntes Konzept zur Erreichung des Friedens, ein klarer Zeitplan und ein Komitee, das beides umsetzt. Der Weg zu diesem Erfolg ist jedoch mit Stolpersteinen gepflastert. Problematisch auf palästinensischer Seite ist die fehlende Einbindung der Hamas. Scheitern die Gespräche, verleiht das der Hamas neuen Auftrieb. So aber stärkt das Treffen von Annapolis die moderaten Kräfte in der ganzen Region und vor allem Abbas, was zu einem Sturz der inzwischen angeschlagenen Hamas im Gaza-Streifen führen könnte. Einen weiteren Stolperstein haben die Israelis letzte Woche geschaffen. Die Knesset hat ein Gesetz beraten, wonach der Status von Ost-Jerusalem nur dann geändert werden kann, wenn neben einer Volksabstimmung auch Zweidrittel der Parlamentarier dafür stimmen. Eine schier unüberwindbare Hürde für die Lösung der Jerusalemfrage.

Annapolis hat also immerhin eine neue Tür geöffnet. Die entscheidende Arbeit muss aber später erfolgen. Olmert hat sich dafür ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Bis zum Ende der Amtszeit von US-Präsidenten George Bush in 14 Monaten will er eine Lösung für den Konflikt finden.

[ZURÜCK ZU SUCHE](#)

Lesercommentare

© SHZ.de 2007

Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung nur mit Genehmigung der Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH